

Michael Lüders
Moral über alles?



MICHAEL LÜDERS

MORAL ÜBER ALLES?

Warum sich Werte
und nationale Interessen
selten vertragen

GOLDMANN

Wir haben uns bemüht, alle Rechteinhaber ausfindig zu machen, verlags-
üblich zu nennen und zu honorieren. Sollte uns dies im Einzelfall aufgrund
der schlechten Quellenlage bedauerlicherweise einmal nicht möglich
gewesen sein, werden wir begründete Ansprüche selbstverständlich erfüllen.

Der Verlag behält sich die Verwertung der urheberrechtlich
geschützten Inhalte dieses Werkes für Zwecke des Text- und
Data-Minings nach § 44 b UrhG ausdrücklich vor.
Jegliche unbefugte Nutzung ist hiermit ausgeschlossen.



Penguin Random House Verlagsgruppe FSC® N001967

3. Auflage

Originalausgabe 2023

Copyright © 2023: Wilhelm Goldmann Verlag, München,
in der Penguin Random House Verlagsgruppe GmbH,

Neumarkter Str. 28, 81673 München

Karten (S. 209, 216): © Sabine Timmann

Umschlag: Uno Werbeagentur, München

Redaktion: Peter Hammans

Satz: Uhl + Massopust, Aalen

Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck

Printed in Germany

EB · CF

ISBN 978-3-442-31731-8

Für meinen Sohn Marlon

Wer gegen den Strom schwimmt, kann ertrinken.
Wer mit ihm schwimmt allerdings auch.

»Man kann das ganze Volk eine Zeit lang täuschen, und man kann einen Teil des Volkes die ganze Zeit täuschen. Aber man kann nicht das gesamte Volk die ganze Zeit täuschen.«

Abraham Lincoln, 16. Präsident der USA (1861–1865)

»Angreifer ist immer der andere.«

*Georges Clemenceau, französischer Ministerpräsident
(1906–1909, 1917–1920)*

»Wenn ein Politiker anfängt, über Werte zu schwadronieren, anstatt seine Interessen zu benennen, wird es höchste Zeit, den Raum zu verlassen.«

Egon Bahr (1922–2015), SPD-Politiker, Weggefährte von Willy Brandt, Mitarchitekt und Vordenker der Ostpolitik in den 1960er und 1970er Jahren

»Die Politik sagt: ›Seid klug wie die Schlangen!‹
Die Moral setzt hinzu: ›Und ohne Falsch wie die Tauben!‹«

Immanuel Kant

INHALT

Vorwort.	11
Das Böse bekämpfen: Das Drama um die PCK-Raffinerie in Schwedt an der Oder	15
Werte im Wettstreit: Wie Sanktionen denen schaden, die sie verhängen	27
»One Love«: Willkommen in Katar	77
Moralismus und betreutes Denken: Wir sind die Guten!.	91
Jenseits von Eden: Nationale Interessen im Windschatten der NATO	121
Kampf der Gerechten, Teil I: Trägt der Westen eine Mitschuld am Ukraine-Krieg?	147
Kampf der Gerechten, Teil II: Deutsche Angst und der Showdown mit China	187
Ausblick: Entweder Transatlantiker oder Pro-Europäer – Plädoyer für das Eigeninteresse	249
Anmerkungen	259

Vorwort

Der Moralismus ist das Schwert der Unvernunft, das die Welt in Gut und Böse teilt. Dieses Buch handelt nicht vom Krieg in der Ukraine – und doch zieht er sich wie ein roter Faden durch fast alle Kapitel. Das liegt vor allem an den Folgen einer Sanktionspolitik gegenüber Russland, die nicht allein die Wirtschaft in Deutschland massiv schädigt und diesem Land einen seit 1949 nicht erlebten Wohlstandsverlust beschert, begleitet von einer zügig an Fahrt aufnehmenden Deindustrialisierung. Und die darüber hinaus die ersten Umriss einer neuen Weltordnung erkennen lässt, die nicht länger vornehmlich die USA und der Westen bestimmen werden. Der große Gewinner der »Zeitenwende«, die Kanzler Scholz nach Kriegsbeginn postulierte, ist geopolitisch allen voran China.

Doch der Reihe nach. Unmittelbar nach dem russischen Angriff auf die Ukraine hagelte es westliche Sanktionen gegen Moskau. Das ist einerseits verständlich – den völkerrechtswidrigen Überfall lediglich zur Kenntnis zu nehmen wäre kaum die Alternative gewesen. Doch was genau wollten die Sanktionen erreichen? Außenministerin Baerbock zufolge ging es darum, »Russland zu ruinieren«, EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen suchte »Stück für Stück die industrielle Basis Russlands abzutragen«, US-Präsident Joe Biden sprach davon, »die russische Wirtschaft zu zerschmettern«.

Große Worte, die weit über die Ukraine hinausreichen und deren Folgen längst jeder Einzelne spürt. Am sichtbarsten in Gestalt einer dauerhaft hohen Inflation. Hinzu kommen eine gras-

sierende Staatsverschuldung und eine fragile Energieversorgung. Wer Russland dauerhaft zu sanktionieren sucht, sollte eine nahe-
liegende Frage stellen: Kann es gelingen, den größten Flächen-
staat der Welt und einen der wichtigsten Energielieferanten wirt-
schaftlich in die Knie zu zwingen? Die sachliche Antwort lautet
kurz und bündig: Nein. Allein schon deswegen nicht, weil sich
der Globale Süden an den Sanktionen nicht beteiligt, abgesehen
von einigen wenigen pro-westlichen Staaten. Es verwundert da-
her nicht, dass die Folgen der Boykottmaßnahmen Deutschland
härter treffen als jedes andere westliche Land und, wie es scheint,
auch mehr als Russland selbst.

Vor allem die Aufkündigung der Energiepartnerschaft mit
Moskau, die länger als ein halbes Jahrhundert Bestand hatte und
die hiesige Industrie zuverlässig mit billiger Energie versorgte, er-
weist sich zunehmend als fatal. Umso mehr, als es keinen bezahl-
baren Ersatz gibt und auf lange Sicht auch nicht geben wird. An-
statt eigene nationale Interessen in den Vordergrund zu rücken,
gefielen sich Politik wie auch Medien in einem alles überragenden
Moralismus, einem entfesselten Gutmenschentum*, das sich an-
schickte, dem Bösen in der Welt den entscheidenden Dolchstoß
zu versetzen. Ohne Rücksicht auf die Folgen für Deutschland.

Wirtschaftsminister Robert Habeck formulierte es im Mai 2022
mit Blick auf das Embargo russischen Erdöls so: »Natürlich schaden
wir uns damit selbst. Das ist ja völlig klar. Der Sinn von Sanktionen
ist, dass eine Gesellschaft, in diesem Fall die europäische Gesell-
schaft, Lasten trägt. Die Wirtschaft, die Verbraucher, die Konsu-
menten. Alle werden einen Beitrag leisten müssen. Es ist undenk-
bar, dass Sanktionen ohne Folgen für die eigene Volkswirtschaft

* »Gutmensch« versteht sich hier wie auch im Folgenden im Sinn der
Duden-Definition: »(Naiver) Mensch, der sich in einer als unkritisch,
übertrieben, nervtötend oder ähnlich empfundenen Weise für die Political
Correctness einsetzt.« Gemeint ist ausdrücklich nicht der rechtskonservativ
besetzte Kampfbegriff.

beziehungsweise die eigenen Preise sind. Wir werden höhere Inflation, höhere Energiepreise und eine Belastung der Wirtschaft haben, und wir sind als Europäerinnen und Europäer bereit, die zu tragen, um der Ukraine zu helfen. Aber kostenlos ist es nicht möglich, das hinzubekommen. Es wird Härten geben, und die Härten werden getragen werden müssen.«

Eine vorsätzliche und bewusste Zerstörung des eigenen Wohlstands, gepaart mit der elitären Vereinnahmung eines Großteils der Gesellschaft (»wir«): eine brisante Mischung.

Woher aber kommt diese merkwürdige Ideologie eines deutschen Gutmenschentums? Was sind ihre weltanschaulichen Wurzeln? Wie konnte die Moral Einzug halten in die Politik? Wie ist zu erklären, dass insbesondere die Grünen Bellizismus mit Werteorientierung verwechseln? Welche Rolle spielt in dem Zusammenhang »Identitätspolitik«?

Das eigene Land in nicht geringen Teilen auf dem Altar des Moralismus zu opfern, weit über die gebotene Solidarität mit der Ukraine hinaus, ist keine Politik, sondern ein Offenbarungseid. Die Entschlossenheit, mit der Brüssel wie auch Berlin den Cut mit Russland zu vollziehen suchen, führt zu neuen Abhängigkeiten, namentlich von den USA. Im Bereich der Energieversorgung, im Kontext der NATO. Gleichzeitig schwindet Deutschlands Einfluss auf globaler Ebene, weil kaum jemand außerhalb der einschlägigen politisch-medialen Blasen die Schwerpunkte hiesiger Zeichensetzung goutiert: Gender und »feministische Außenpolitik«. Das zeigt exemplarisch die Fußball-WM in Katar, der ein eigenes Kapitel gewidmet ist.

Die Welt sortiert sich neu, doch in Berlin wie auch in Brüssel hat man die Zeichen der Zeit offenbar nicht erkannt. Neue Machtzentren entstehen, in denen Deutschland nur noch eine untergeordnete Rolle spielt. Wer nie gelernt hat, in der Wirklichkeit zu lesen, geopolitisch und strategisch zu denken wie zu handeln, den bestraft das Leben.

Alles hängt mit allem zusammen: Folglich spannt das vorliegende Buch einen weiten Bogen, der geografisch von Schwedt an der Oder bis nach Taiwan reicht. Und es stellt Fragen, die gerne unter den Tisch fallen: Warum eigentlich beteiligt sich der Globale Süden nicht an den Sanktionen gegen Russland? Welche Strategie verfolgen die USA in der Ukraine? Gegenüber Russland? Kommt die Welt künftig zur Ruhe, oder zeichnet sich der nächste große Konflikt bereits ab, der zwischen Washington und Peking?

Wer übrigens bei der Lektüre den Eindruck gewinnt, dass es da eine gewaltige Kluft gibt zwischen der politisch-medialen Darstellung globaler Ereignisse und dem, was tatsächlich geschieht, meist hinter den Kulissen, liegt nicht falsch.

Übergeordnete Zusammenhänge zu erkennen ist nicht allein erhellend, es kann auch Gewissheiten zertrümmern. Das ist durchaus schmerzlich, hilft aber, die Welt so zu sehen, wie sie ist. Was wiederum die Voraussetzung dafür ist, um sie, zumindest in Teilen, in eine andere Richtung zu bewegen. Den Menschen und der Natur zugewandt. Dem Frieden verpflichtet.

Das Böse bekämpfen:

Das Drama um die PCK-Raffinerie in Schwedt an der Oder

Selten nur spiegelt sich Weltpolitik so unmittelbar in der deutschen Provinz wie zu diesen Zeiten in Schwedt an der Oder. Die dort angesiedelte PCK-Raffinerie, die Abkürzung steht für Petrolchemie und Kraftstoffe, ist seit 1963 die zentrale »Anlaufstation« für Erdöl aus Sibirien: Hier endet die »Druschba«-(Freundschafts-)Pipeline. Sie ist mit rund 5300 Kilometern eine der längsten weltweit und verbindet die russischen Ölfelder mit Raffinerien in Ost- und Mitteleuropa. In Belarus teilt sie sich in einen Nordstrang, der via Schwedt vornehmlich Deutschland und Polen versorgt, und in einen Südstrang, der über die Ukraine vor allem Tschechien, die Slowakei sowie Ungarn bedient. Ihre Transportkapazität von 2,5 Millionen Barrel pro Tag machte »Druschba« zu einer Hauptschlagader der europäischen Energieversorgung.

Jedenfalls bis zum 1. Januar 2023. Seither boykottiert die deutsche Seite alle russischen Erdölimporte über diese Pipeline. Eine folgenschwere Entscheidung, denn die Raffinerie in Schwedt, die viertgrößte in Deutschland, hält einen Marktanteil von rund elf Prozent der landesweiten Versorgung mit Kraftstoffen. In der Region Berlin-Brandenburg sind es gar 95 Prozent – Benzin, Diesel, Kerosin für Flugzeuge, Heizöl. Für Westpolen liegen die Zahlen ähnlich hoch. 11,5 Millionen Tonnen Rohöl wurden 2020 in Schwedt raffiniert, 2021 waren es 10,6 Millionen. Eine eigene Zuganbindung, auch zur Versorgung des Flughafens Berlin Bran-

denburg, sowie der Ausbau der Bundesstraßen B2 und B166 zwecks besseren Anschlusses an die Autobahnen unterstreicht die infrastrukturelle Bedeutung der PCK-Raffinerie.

In der Raffinerie selbst arbeiten 1200 Menschen, auf deren weitläufigem Areal sind zahlreiche Zulieferbetriebe und Subunternehmen mit zusätzlich rund 2000 Mitarbeitern angesiedelt. Die Fläche der gesamten Anlage ist größer als die der Stadt Schwedt selbst. Die Raffinerie ist der mit weitem Abstand wichtigste Arbeitgeber in der strukturschwachen Uckermark und einer der wenigen Industriestandorte von Bedeutung in Ostdeutschland.

Diese wenig spektakuläre Bestandsaufnahme lässt den sich dahinter entfaltenden Thriller kaum erahnen. Darin geht es um geopolitische Machtspiele ebenso wie um Wetten auf die wirtschaftliche Zukunft nicht allein Deutschlands. Ferner um Hybris, um den Kampf Gut gegen Böse, um Wunschdenken und Realitätsvermeidung. Und nicht zuletzt um eine Informationspolitik, die der Öffentlichkeit eher Sand in die Augen streut, statt aufzuklären. Das alles auf dem Rücken einer zutiefst verunsicherten Bevölkerung nicht allein in Schwedt, die um ihre Arbeitsplätze und ihre Zukunft bangt.

Als Reaktion auf den russischen Einmarsch in die Ukraine im Februar 2022 haben die westlichen Staaten weitreichende Sanktionsmaßnahmen gegen Russland beschlossen. Offiziellen Verlautbarungen zufolge sollen diese Moskau die finanzielle Basis für seine Kriegsführung entziehen. Sukzessive haben Washington, Brüssel und Berlin ein »Sanktionspaket« nach dem anderen verabschiedet. Zu den wichtigsten Maßnahmen gehören der Ausschluss der meisten russischen Banken aus dem US-dominierten Bankenzahlungssystem SWIFT, das Einfrieren russischer Vermögenswerte auf westlichen Banken im Volumen von rund 330 Milliarden US-Dollar, ferner ein nahezu vollständiges Exportverbot im Bereich Hightech. Hinzu kommen Importverbote russischer Waren, Einreise-, Transit- und Anlandungsverbote für russische

Transportunternehmen (zu Land, zur See und im Flugverkehr), der Rückzug westlicher Unternehmen aus Russland sowie, allen voran natürlich, die Sanktionierung sämtlicher Energieträger, der wichtigsten Ressource der russischen Volkswirtschaft: Kohle, Erdöl und Erdgas.

Bleiben wir zunächst beim Erdöl. Zu den zuverlässigen Konstanten westlicher Politik gehört in Krisenzeiten die Beschwörung gemeinsamer Werte und einmütigen Handelns, stets verbunden mit dem Hinweis, man werde sich nicht »spalten« lassen, weder von Putin noch von anderen Oberschurken. Mit der Realität hat dergleichen Rhetorik wenig gemein. Wochenlang hat die Europäische Union hinter den Kulissen mit sich gerungen, um im Juni 2022 ihr sechstes Sanktionspaket einstimmig zu verabschieden. Andernfalls hätte es nicht in Kraft treten können. Ziel war es, die russischen Erdölexporte in die EU vollständig zu unterbinden, wie zuvor schon die Kohleexporte.

Selbstmord? Nein danke.

Allerdings stellte sich Ungarns Ministerpräsident Viktor Orban quer. Er verwies darauf, dass ein Embargo für Ungarn, das seinen Energiebedarf zu 80 Prozent aus Russland bezieht (bei Erdgas sind es fast 100 Prozent), selbstmörderisch wäre. Die möglichen Folgen für sein Land verglich er mit dem Abwurf einer Atombombe. Er stehe dafür nicht zur Verfügung. Daraufhin verständigte man sich in Brüssel auf einen Kompromiss. Bis dato waren zwei Drittel der russischen Erdölexporte in die EU mit Tankern erfolgt, ein Drittel entfiel auf die »Druschba«-Pipeline. Die russischen Tanker-Exporte wurden nach einer Übergangsfrist im Dezember 2022 endgültig sanktioniert und eingestellt.

Der bemerkenswerte Clou: Erdölimporte via Pipeline, sprich: »Druschba«, sind von den Sanktionsmaßnahmen ausdrücklich

nicht betroffen, sie bleiben erlaubt. Es gibt diesbezüglich keinerlei Verbote seitens der EU, jedenfalls nicht bis zur Drucklegung dieses Buches. Das ermöglicht vor allem Ungarn, Tschechien und der Slowakei, auch weiterhin preisgünstiges russisches Erdöl über den Südstrang der Pipeline zu beziehen. Nichts und niemand hat folglich die Bundesregierung gezwungen, zumal kein Beschluss aus Brüssel, die russischen Erdölimporte über Schwedt zu beenden. Sie hat es dennoch getan, als Ausdruck ihrer Entschlossenheit, mit dem Reich des Bösen ein für alle Mal zu brechen: politisch, aber auch wirtschaftlich. Der Preis spielt keine Rolle, denn Größeres steht auf dem Spiel: Moral und Werte. Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) räumte bereits im Mai 2022 in einem Interview ein, dass die Folgen des Erdölembargos auch für Deutschland Konsequenzen haben würden, darunter Preiserhöhungen. Dennoch trete er für die Sanktionierung ein, »weil wir uns aus der moralischen Schuld ein Stück weit befreien, (nämlich, M. L.) mit unseren Zahlungen das Regime Putin am Leben zu erhalten.«

Deutschland genießt das Privileg, als einziges westliches Land Moral höher zu bewerten als wirtschaftliche und nationale Interessen – die USA, Großbritannien oder Frankreich halten es eher umgekehrt. Gibt es also eine »moralische Schuld« im Kontext von Handelsbeziehungen? Wenn ja, warum greift diese »Schuld« nicht auch, beispielsweise, bei Rüstungsexporten in den Nahen Osten, zu deren Reduzierung Habeck und sein Ministerium bislang nicht beigetragen haben?

Die Annahme, dass »unsere Zahlungen« das politische System in Russland am Leben erhalten, zeugt gleichermaßen von erheblicher Selbstüberschätzung wie auch von profunder Unkenntnis der Machtstrukturen in Russland – unbeschadet ihrer fragwürdigen Qualitäten. Gleichzeitig lässt Habeck anklingen, dass die Sanktionen möglicherweise nicht allein dazu dienen, der Ukraine beizustehen, sondern zugleich einen Regimewechsel in Russland herbeizuführen suchen. Diese Wunschvorstellung, eben »das

Regime Putin« nicht »am Leben ... erhalten« zu wollen, führt der Wirtschaftsminister indes im selben Interview ad absurdum: Das Embargo werde dazu führen, dass die globalen Erdölpreise steigen. Man müsse sehr aufpassen, dass »wir nicht eine Situation entstehen lassen, wo Putin mit weniger Importen trotzdem mehr Einnahmen hat«. Es geht vermutlich eher um »Putins« Exporte, doch hat der Wirtschaftsminister richtig erkannt, dass ein knapper werdendes Angebot den Preis der betreffenden Ware entsprechend erhöht. Und in der Tat, nicht allein die Erdölgewinne Russlands, sondern vor allem die westlicher Mineralölkonzerne sind durch die gegen Moskau gerichteten Boykottmaßnahmen nachfolgend geradezu explodiert – dazu später mehr.

Einerseits sucht der Wirtschaftsminister im Konsens mit westlicher Politik Russland also zu schwächen. Andererseits verhängen die maßgeblichen Akteure Sanktionen, die ihrerseits »dazu führen, dass die globalen Erdölpreise steigen«. Mit entsprechenden Mehrkosten natürlich auch für Deutschland. Indem Russland zusätzliche Einnahmen erzielt, konterkariert Habeck sein propagiertes Ziel, nämlich dem »Regime Putin« die ökonomische Grundlage entziehen zu wollen.

Hilft dieser ideologiegetriebene und letztendlich selbstschädigende Ansatz der Ukraine, die ihrerseits den Südstrang der »Druschba« nicht unterbricht und lieber die Durchleitungsgebühren in Rechnung stellt? Trägt er dazu bei, den Krieg zu beenden? Schadet er Russland mehr als Deutschland? Oder verhält es sich eher umgekehrt? Den Preis für diese Politik zahlen nicht zuletzt die Menschen in Schwedt, die zu Recht um ihre Arbeitsplätze fürchten.

Was also tun mit der PCK-Raffinerie, wie ihre Pleite und Schließung verhindern? Woher das Erdöl nehmen, das dort anstelle des russischen verarbeitet werden soll? Diesen für die deutsche Energieversorgung insgesamt zentralen Fragen ist das Wirtschaftsministerium mit erstaunlicher Nachlässigkeit und erkennbar ohne